

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

19. Jänner 1952.

341/A.B.

zu 346/J

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g .

Zu der Anfrage der Abg. Dr. S t ü b e r und Genossen, betreffend die Einbürgerung der Kommunisten Bert Brecht und Helene Weigel, teilt Bundeskanzler Dr. Dipl.-Ing. F i g l mit, dass es sich im gegenständlichen Falle um eine ressortmässige Angelegenheit des Bundesministeriums für Inneres handelt, zu deren Beantwortung der Bundesminister für Inneres zuständig ist. In der Anfragebeantwortung heisst es dann weiter:

"Hinsichtlich der sachlichen Behandlung von Anträgen betreffend Zustimmung der Bundesregierung zur Erklärung des Staatsinteresses an einer Einbürgerung sei bemerkt, dass die von den Landesregierungen instruierten Anträge an das Bundesministerium für Inneres gelangen, das unter Umständen eine notwendige Prüfung anordnet. Die so erstellten Aktenunterlagen bilden die Grundlage für die seitens des Bundesministeriums für Inneres an den Ministerrat gestellten Anträge.

Auch im Falle der eingangs erwähnten Anfrage wurde derselbe Vorgang eingehalten, Bedenken irgendwelcher Art, die gegen die Zustimmung der Bundesregierung auf Erklärung des Staatsinteresses gesprochen hätten, wurden nicht aktenkundig und von keiner Stelle vorgebracht, sodass die Bundesregierung auf Grund des vorliegenden Materials sich nicht in der Lage sah, dem Antrag ihre Zustimmung zu verweigern."

--.-.-.-.-